

Tarifrunden 2013: Teilerfolge und Blockaden

Schon vor Beginn der Tarifrunden dieses Jahres brachten sich die "Arbeitgeber" (wer gibt hier eigentlich seine Arbeit?) wie gewohnt in Stellung - gegen die berechtigten



Forderungen der Gewerkschaften. Beim Öffentlichen Dienst wurde wieder einmal die Leier von den angeblich leeren Kassen ange-

stimmt. Allenthalben gab es von "Arbeitgeberseite" warnende Hinweise auf das empfindliche Pflänzchen Konjunktur in Zeiten der Krise (wessen Krise eigentlich?).

Inzwischen gibt es erste Tarifabschlüsse. Der Abschluss im öffentlichen Dienst der Länder bringt den Beschäftigten eine Steigerung der Reallöhne (5,68%, verteilt auf zwei Jahre) und 30 Tage Urlaub - unabhängig vom Lebensalter. Nur mit dem Druckmittel umfangreicher Warnstreiks konnte dieses Ergebnis erreicht werden. Nach Angaben der GEW haben sich über 155.000 Kolleginnen und Kollegen an diesen Streiks beteiligt. Angestellte Lehrkräfte stellten die aktionsstärkste Berufsgruppe. Gerade aber sie hatten keinen Grund zur ungeteilten Freude. Immerhin war die Forderung nach einer einheitlichen Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte (L-ego) ein weiteres zentrales Thema für die GEW in den Tarifverhandlungen. Hier blockierten die "Arbeitgeber" jede vernünftige Lösung. Innerhalb der Gewerkschaft ist das Gesamtergebnis daher auch sehr umstritten. Umstritten ist auch,

was zu tun ist, um die Forderung nach einer einheitlichen Entgeltordnung doch noch durchzusetzen. Viele Kolleginnen und Kollegen sind bereit dafür erneut zu streiken, werden aber z.B. in Niedersachsen von führenden GEW-Funktionären nicht unterstützt. Realitätssinn oder Rücksicht auf die neue Landesregierung?

Im Metall- und Elektrobereich laufen die Verhandlungen noch. Die Unternehmerseite hat es offensichtlich nicht eilig, sich mit der Forderung der IG Metall auseinanderzusetzen. Diese verlangt in Niedersachsen für ihre rund 100.000 Beschäftigten 5,5% mehr Geld für 12 Monate.

Übrigens ist der Kampf um höhere Löhne immer der Kampf zwischen Kapital und Arbeit um den Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und zielt auf die dringend notwendige Umverteilung von oben nach unten. Der - wenn auch geschönte - Armutsbericht der Bundesregierung belegt überdeutlich die Folgen der jahrelangen Umverteilung von unten nach oben. **Damit muss Schluss sein!**

Arbeitszeit verkürzen - 30-Stunden sind genug!

Durch eine 30-Stunden-Woche an höchstens fünf Tagen in der Woche soll ein neues Normalarbeitsverhältnis definiert werden, von dem Beschäftigte auch leben können. Mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kann die Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung großer Teile der Bevölkerung aktiv beendet, beziehungsweise verhindert werden.



Die Sicherung bestehender und die Neuschaffung von sechs Millionen Arbeitsplätzen würde jungen Menschen

eine sichere Berufs- und Lebensperspektive bieten und einen bedeutenden Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter und der Generationen im Arbeitsprozess darstellen. Dem Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit, sowie von Werkverträgen als besonderer Form der Erpressung von Beschäftigten durch das Ka-

pital wird dadurch der Boden entzogen und die Ausgangslage für weitere Arbeitskämpfe durch die Verkleinerung des Arbeitslosenheeres ("industrielle Reservearmee", Marx) verbessert.

Erkrankungen aufgrund steigender Anforderungen und Arbeitsverdichtung, vorzeitiges Ausscheiden durch Erwerbsunfähigkeit und Frühverrentung mit drohender Altersarmut werden massiv eingeschränkt.

"Demographische Entwicklung" und "Facharbeitermangel" bleiben dagegen Heißluftargumente des Kapitals, weil hundertausenden jungen Menschen eine qualifizierte berufliche Bildung seit Jahrzehnten vorenthalten wird.

Auch wer nach einem langen Arbeitsleben den Ruhestand ohne Armut verbringen will, sollte nicht erst mit 67 Jahren diesen genießen dürfen. Lebensarbeitszeitkonten sind nicht nur keine Alternative, sondern stellen sogar eine Arbeitszeitverlängerung in jungen Jahren bzw. in Zeiten erhöhten Arbeitsanfalls dar.

Der angehäufte Reichtum unserer 10 Prozent Oberschicht, die steigende Produktivität und die Gewinne der Unternehmen erlauben den Schritt zur Arbeitszeitverkürzung auf die 30-Stunden-Woche!

Das kann aber nicht allein Sache von Tarifpolitik sein, sondern muss vielmehr Gegenstand eines gesamtgesellschaftlichen Kampfes um gesetzliche Regelungen sein. Die Überzeugung der Menschen, in Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für dieses Ziel zu kämpfen, ist die Voraussetzung für den Erfolg.



Es ist Zeit für:

- ☆ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ☆ Rente ab 60 Jahren
- ☆ Sechs Wochen gesetzlich garantierter Mindesturlaub
- ☆ Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohnes von 10 Euro pro Stunde
- ☆ Einschränkung, dann Verbot, von Leih- und Zeitarbeit, sowie von 1-Euro-Jobs und Werkverträgen
- ☆ Ab sofort gleicher Lohn für gleiche Arbeit

EWE: Millionen verplempert - Verfahren eingestellt

Drogen- und Gewaltprävention als Werbegag?

Mehrere Millionen Kundengelder nahm die EWE in die Hand um das Präventionsprojekt "sign" zu finanzieren (siehe auch Pulverturm 2012/01 und 2012/02!).

Nur ein kleiner Teil der gesponserten Gelder floss in die vorbeugende Arbeit gegen Drogen und Gewalt. Der größere Teil landete in der Privatschatulle von Frau Del Valle, der Geschäftsführerin von "sign".

Das Ende vom garstigen Lied: Die Staatsanwaltschaft drückt beide Augen fest zu und stellt die Ermittlungen gegen Dr. Werner Brinker und Frau Claudia Del Valle wegen des Verdachts der Untreue bzw. des Betrugs ein. Begründung: Der Vertrag zwischen der EWE und Frau Del Valle sei recht ungenau gewesen und der enorme Geldtransfer von der EWE an eine Privatperson somit kein Straftatbestand. Das Ganze sei mit dem Gedanken

des "sozialen Sponsoring" noch vereinbar. Außerdem sei die Unterstützung des Präventionsprojektes auch eine wirksame Werbung für die EWE gewesen. Das ist alles natürlich Augenwischerei. Steckt hinter der "Unschärfe" dieses Vertrages möglicherweise eine Absicht, oder ist dies Zufall? Haben die Staatsanwälte evtl. diese mögliche Absicht nicht erkannt oder erkennen wollen?

Es bleibt festzuhalten, dass die üble Trickserie eines wirtschaftlich Mächtigen wieder einmal ungeahndet bleibt und dass Herr Brinker für die Verschleuderung von Kundengeldern erneut keine Konsequenzen tragen muss. Unvergessen bleibt die Geldbuße von 400.000 Euro, zu der sich die EWE vor einigen Jahren bereitfinden musste, um ein Gerichtsverfahren wegen Bestechung abzuwenden (Stichwort Eberswalde). Immer wieder

wird die fehlende demokratische Kontrolle deutlich. Die Bürger sollten sich diese Machenschaften nicht weiter gefallen lassen.



Erfahrungen eines Leiharbeiters

Ich bin 22 Jahre alt und habe letzten Sommer meine Ausbildung zum Anlagenmechaniker für Heizung, Sanitär und Klimatechnik erfolgreich beendet. Da ich in meinem Betrieb nicht übernommen wurde, musste ich mir eine neue Stelle suchen. Das ist aber gar nicht so einfach, es gibt zwar ein paar Stellenangebo-

raus. Zeitweise wurde ich in meinem Beruf eingesetzt, allerdings waren das bisher nur Kurzeinsätze. Und wenn man nach einer Festanstellung fragen will wird auch schon einer mit Berufserfahrung eingestellt und man selbst kann wieder gehen.

Ich bin also mal 3 Monate hier, mal 2 Wochen dort und dann

wieder 4 Wochen in einem anderen Betrieb. Wie soll man, vor allem als junger Mensch, dabei seine Zukunft planen? Ich kann mir keine eigene Wohnung

Wir können dies aber nur durchsetzen wenn wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir müssen im Betrieb und in der Gewerkschaft mit allen Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten und für ein gutes Leben kämpfen! Wir sind die Jugend und sind es auch Wert!

Jugendaufwurf unter www.übernahme-statt-leiharbeit.de

te aber wenn man sich bewirbt wird man immer mit der Begründung abgewiesen: Keine Berufserfahrung und deshalb für den Betrieb zu teuer. Und das, obwohl "händeringend" Monteure gesucht werden!

Nach 2 Monaten erfolglosen Bewerbens blieb mir nur noch eins - Leiharbeit. Dann ging es los mit der Schichtarbeit, Früh-, Spät und auch Nachtschicht. Bei einem Lohn von 8,20 die Stunde. Da ich meistens nur für die Früh- und Spätschicht eingesetzt werde, bekomme ich auch kaum Schichtzulagen. Das heißt für die Arbeit als Produktionshelfer, was ein Vollzeitjob ist mit 40 Stunden pro Woche und schlechter bezahlt wird als für Festangestellte, kommen am Ende um die 1.000 Euro netto

leisten weil ich nicht weiß, ob ich in 2 Monaten vielleicht arbeitslos bin. Eine Familie gründen kann man bei dem Gehalt auch vergessen und ein gutes Auto ist auch viel zu teuer.

Mein Fall ist leider kein Einzelfall. Fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet in Deutschland in einem unsicheren Job. Darunter auch viele Hochqualifizierte. Der einst klassische Weg - erst Schule, dann Ausbildung/Studium und unbefristete Beschäftigung - wird immer mehr verbaut. Der Einstieg ins Berufsleben ist holprig: Für vier von zehn Beschäftigten unter 25 verläuft er über Praktika, Leiharbeit oder Teilzeitjobs. Schon 28 Prozent der Erwerbstätigen unter 35 kennen nichts anderes als befristete Jobs.

Was vor allem die Jugend aber auch alle anderen Beschäftigten brauchen, ist Arbeit - sicher und fair! Wir wollen nicht für Dumpinglöhne arbeiten, sondern ein Einkommen haben das zum Leben reicht. Wir brauchen daher einen Mindestlohn, wir wollen gleiches Geld für gleiche Arbeit, wir wollen eine Ausbildung sowie die unbefristete Übernahme!

Ich will.....

- Mitglied werden
- die UZ (Wochenzeitung der DKP) 4 Wochen kostenlos beziehen
- eingeladen werden
- Informationen bekommen

Name:.....

Straße:.....

PLZ, Wohnort:.....

E-Mail:.....

Ankreuzen und Einsenden an:
siehe Impressum

Die DKP steht für gemeinsamen Widerstand gegen Kapital und Kabinett, für Gemeinsamkeit der Linken, für radikale Veränderungen, für eine andere Gesellschaft, den Sozialismus!

www.dkp.de

Spenden? – Ja bitte!

Dann an
DKP Oldenburg
Konto-Nr. 25400060
BLZ 280 501 00
Landessparkasse Oldenburg
Wir danken!

Zehn Jahre Agenda 2010 - Arbeit "billig wie Dreck"

Ein "Jobwunder" habe sie bewirkt, Schröders vor zehn Jahren eingeführte "Reform" der Agenda 2010. So viele Jobs wie noch nie, fast zwei Millionen Beschäftigte mehr, und weniger Arbeitslose.

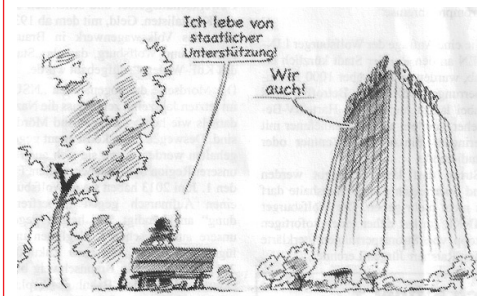
Die Realität jedoch sieht anders aus: Wo ist denn die Arbeitsleistung der zwei Millionen Mehrarbeiter geblieben? Das Gesamtvolumen der geleisteten Arbeitsstunden ist nämlich annähernd gleich geblieben. Der Grund ist, immer mehr Menschen arbeiten in zersplitterten, atomisierten Beschäftigungsverhältnissen. Mini-Jobber gibt es erst seit 10 Jahren, die fünf Millionen geringfügig Beschäftigte werden in der Arbeitsstatistik als Vollbeschäftigte erfasst. Selbst Ein-Euro-Jobber werden so mitgezählt. Die Zahl der in Teilzeit arbeitenden hat sich auf 8,7 Millionen verdoppelt. Es gibt 800.000 Solo-Selbständige mehr - Durchschnittsverdienst 13 Euro je Stunde. Die Leiharbeit hat sich auf über 900.000 verdreifacht. Immer mehr Beschäftigte werden zu Lückenbüßern, die Arbeitenden zum total flexibilisierten "Anhängsel der Maschine" (Marx). Hartz IV, das Herzstück der Agenda 2010, zwingt Arbeitssuchende in prekäre Beschäftigungsverhältnisse, nötigt ihnen jede Arbeit als zumutbar auf. Mit der Folge, dass

immer mehr Billig-Jobs entstehen und der Niedriglohnsektor ausgeweitet wird. Vier Millionen Menschen arbeiten für einen Bruttoverdienst von weniger als sieben Euro, mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnbereich für zehn Euro und weniger. Arbeit wurde "billig wie Dreck", wie es der Soziologe Horst Afheldt vor zehn Jahren prophezeite.

"Arm trotz Arbeit" ist heute Massenerscheinung. Vor allem auch, weil alle Bundesregierungen Mindestlöhne kategorisch ablehnten und damit der Verbilligung der Arbeit keine Grenzen setzten. Stattdessen zahlt der Staat Aufstockung gegen das Verhungern und subventioniert die Wirtschaft auf Kosten der Gesellschaft. Die zyklisch schwankende "industrielle Reservearmee" aus dem 19. Jahrhundert wurde ersetzt durch das stehende Zwanzig-Millionen-Heer des Prekariats: Zusammen mit den Arbeitslosen macht es die Hälfte aller Erwerbspersonen aus. Dieses wird eingesetzt, um die Ware Arbeitskraft noch mehr zu verramschen, solide Arbeitsverhältnisse zu sprengen. Es dient als Kanonenfutter für die deutschen Exportschlachten.

Arbeitslose haben heute gewissermaßen die Wahl zwischen "Arm durch Arbeit" als Bil-

liglöhner oder "Arm durch Gesetz" als Hartz-IV-Empfänger. Die Hartz IV-Regelsätze sichern gerade mal das nackte Überleben.



Die Schere zwischen Arm und Reich schließt sich immer mehr!

Hartz-IV ermöglicht den Empfängern keine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Zur beruflichen Deklassierung kommt so die Ausgrenzung der Menschen aus der Gesellschaft.

Hartz-IV, das ist heute die Bezeichnung für die Rutsche, die Arbeitslose nach einem Jahr in die Armut führt. Die Zahl der Tafeln, an der Bedürftige Lebensmittel erhalten, hat sich seit der Agenda vervielfacht.

Wir fordern deshalb: Agenda 2010 und Hartz IV muss weg! Geld dafür ist genug da - Man muss es nur von den Reichen und den Profiten der Banken und Großindustrie holen!

Was ist eigentlich Kommunismus?

Kommunismus ist die grundlegende Alternative zum Kapitalismus, ein anderes Gesellschaftssystem. "Jeder (produziert) nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" was er braucht, und dies unab-

Lob des Kommunismus

von Bertold Brecht

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.
Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.
Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.
Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.
Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.
Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen,
Aber wir wissen:
Er ist das Ende der Verbrechen.
Er ist keine Tollheit, sondern
Das Ende der Tollheit.
Er ist nicht das Rätsel,
Sondern die Lösung.
Er ist das Einfache,
Das schwer zu machen ist.



hängig von der individuellen Leistung (Marx).

Zwischen Kapitalismus und Kommunismus liegt die "Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre." (Marx). Dieser Bruch mit dem Kapitalismus als Übergangsphase ist der Sozialismus. Die Emanzipation des Menschen als Ziel des Sozialismus wird in einem längeren Prozess in die klassenlose kommunistische Gesellschaft einmünden.

Unter "Bruch" mit dem Kapitalismus verste-

hen wir das revolutionäre Lösen des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise - gesellschaftlicher Charakter der Produktion und privatkapitalistische Aneignung der Ergebnisse der Produktion.

Die großen Konzerne und Banken regieren ungebremst und globalisiert. Es geht nur um Höchstprofite. Es kommt regelmäßig zu Krisen. Die Zeche zahlen die "kleinen Leute". Angst geht um. Die Menschen sind sich Konkurrenten. Alles wird zur Ware. Mehr als eine Milliarde Menschen hungert, die Umwelt wird zerstört, das Klima ruiniert. Es gibt mehr Kriege um Märkte, Macht und Rohstoffe als jemals zuvor. Das ist Kapitalismus.

Dabei könnte alles anders sein. Es gibt großen Reichtum, die Produktivität ist hoch. Ein Leben für alle mit Gesundheitsfürsorge, guter Bildung, in sozialer Sicherheit und ausreichender Ernährung wäre möglich.

Wer die Fabriken, Banken, Energieversorger usw. besitzt, also wer die Macht hat, der entscheidet, was und wie produziert wird. Bei diesen Entscheidungen stehen die Profitmaximierung und nicht die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund. Erst wenn begonnen wird, Eigentum und Macht der Konzerne und Banken in Frage zu stellen und Forderungen z.B. nach Vergesellschaftung, Enteignung, demokratischer Kontrolle usw. zu entwickeln, dann kommen wir weiter. Es ist der Kapitalismus, der uns ein Leben ohne Existenzangst verwehrt.

Die Tür für eine andere Gesellschaft wird

nicht per Gesetz geöffnet, weil es in den Parlamenten der kapitalistischen Gesellschaft keine Gesetzgebung geben kann, die sich und ihr System selbst abschafft. Sozialismus wird auch nicht durch einen Putsch erreicht. Er muss von Menschen, die gelernt haben zu kämpfen, gewollt sein. Vor allem Banken, Konzerne, Verkehrswege, Großgrundbesitz und Medien müssen Gemeineigentum sein. Steuerung von Staat und Produktion muss breit getragen werden von gesellschaftlichen Organisationen. Es sollte nicht verlangt werden, das das Reale - quasi von jetzt auf gleich - so zu sein hat wie das Erwünschte, die Utopie. Nur im Zusammenwirken aller, im Suchen um die besten Wege und Lösungen kann die Zukunft liegen. "Sozialismus oder Barbarei!" (Rosa Luxemburg).



„Mein Beitritt zur Kommunistischen Partei ist die logische Folge meines ganzen Lebens, meines ganzen Werkes“
Pablo Picasso (1881-1973)

Kolumbien: Freiwild Gewerkschafter?

Kolumbien ist ein Bürgerkriegsland in Südamerika. Es hat eine gewählte Regierung, eine Justiz, wenige Reiche, viele Arme sowie eine nicht sehr große Mittelschicht. Normalfall in der Region, könnte man denken.

Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass in Kolumbien zwar gewählt wird - aber unter erheblichem, militärischem Druck der staatlich ausgebildeten und privat finanzierten Paramilitärs. Auch das Vorhandensein einer Justiz täuscht, bleiben doch fast alle Schwerverbrechen straflos. 2008 wurden 1.200 Morde an Einwohnern von Armenvierteln aufgedeckt, die bis heute ohne große Konsequenz sind: die Toten wurden in Uniformen der linken Guerillas gesteckt um sie dann als "Erfolge" im Kampf gegen die Guerilla präsentieren zu können. So bekommt man einige Tage Urlaub und vielleicht auch eine Beförderung. Dennoch will die EU ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien - was sogar die US-Regierung wegen der Verfolgung der Gewerkschafter lange abgelehnt hat.

Kolumbien ist also nicht etwa "unregierbar", sondern hat einen Klassenkampf wie er sich so deutlich in keinem Land der Welt ausdrückt. Beispiel dafür sind auch die Morde an Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Drei von fünf Gewerkschaftern, die weltweit wegen ihrer Tätigkeit zur Verteidigung der Rechte der Arbeiterschaft ermordet werden, sind Kolumbianer. Zwischen 1986 und 2011 sind nach UN-Angaben fast 2.900 kolumbianische Gewerkschaftsmitglieder ermordet wor-

den, weltweit etwa 5.000.

Dass die Zahlen seitdem rückläufig sind, hat weniger mit einem Schutzprogramm der Regierung zu tun (im Gegenteil ist die Regierungszeit unter Álvaro Uribe von 2002 bis 2010 diejenige mit den erheblichsten Menschenrechtsdelikten in der kolumbianischen Geschichte), sondern mit einem selektiveren Töten sowie der Tatsache, dass die Mordwelle natürlich Wirkung zeigt: die Organisation nimmt ab. Die am meisten betroffenen Gewerkschaftsverbände sind die der Landwirtschaft (v.a. Bananenplantagen), des Erdöls (strategische Wichtigkeit für den Staat) und der Lehrer (was die ideologische Dimension des Klassenkonflikts zeigt).

Dennoch wird am 1. Mai auch in Kolumbien mutig demonstriert. Der derzeit laufende Friedensprozess zwischen dem Staat und der Guerilla FARC-EP bestärkt die fortschrittlichen Kräfte.

Wer sind die Täter? Die Mörder werden von Politikern, Unternehmern und Großgrundbesitzern angeheuert. Ein Teil von ihnen wird auch von den mächtigen Drogenbossen bezahlt. Die meist im regulären Militär ausgebildeten, aber in den illegalen Strukturen des Paramilitarismus besser verdienenden Banden nehmen sich gezielt Gewerkschafter vor, wenn diese Streiks organisieren oder Betriebsräte gründen wollen. Sie werden dann vor die Wahl gestellt, den Betrieb zu verlassen oder zu sterben. Manche gehen daher in den Untergrund zu den Guerillas.

Griechische Arbeiter beschossen

Am 17. April eröffneten angeheuerte Mörder in der griechischen Ortschaft Manolada das Feuer auf Landarbeiter. Sie hatten sich keines anderen "Vergehens" schuldig gemacht, als die Auszahlung ihres ausstehenden Lohnes einzufordern. Von den dreiund-dreißig Verletzten schwebten am 21. April

noch acht in Lebensgefahr.

Zusammen mit unseren griechischen Genossinnen und Genossen der KKE geben wir unserer Empörung über dieses Verbrechen Ausdruck und verurteilen es auf das Schärfste! Die Verantwortlichen sind zur Rechenschaft zu ziehen! **DKP Oldenburg**

Das Töten haben sie gelernt

von Uisge - Werner Groß

Das Töten haben sie gelernt, das Schießen hat man ihnen beigebracht, zu hauen und zu stechen; über sie wird nicht mehr gelacht.

Nachts träumen sie schwer; ihr Geist ist leer.
Sie haben verloren; wird der Sieg auch ausgerufen.

Sie gehen nicht zur Schule, spielen nicht mit Zinnsoldaten.

Krieg ist ihre Schule, sie sind Kindersoldaten.
Sie kennen keine Märchen, und keine Teddybären.
Spielen gibts nicht mehr; sind nicht größer als ihr Schießgewehr.

Ihre Waffen sprechen, sie haben nichts zu sagen.
Feind ist Feind; sie stellen keine Fragen. Krieg um Krieg heißt es sterben auf Schlachtfeldern.
Waffen dafür aus den reichen Ländern, wo die Kinder gut behütet in die Schule gehen.

Sie gehen nicht zur Schule,...

Sie werden betrogen, beraubt und umgebracht.
Betrogen werden sie, wie man es mit Soldaten macht; denn der wahre Grund für Krieg ist Geld, damit wird es gemacht.

Beraubt ihrer Kindheit und der Zukunft, die erleben sie nicht mehr

und wenn sie überleben, haben sie trotzdem keine mehr.

Sie gehen nicht zur Schule,...

Gewidmet der DFG-VK Bonn-Rhein-Sieg



Termine

Do ★ 2. Mai: Mitgliederversammlung der DKP Oldenburg (Gäste willkommen). Bei Beppo, Auguststraße 57, 20.00 Uhr.

Di ★ 7. Mai: "Deutsche Interessen und Politik in den Krisen des Nahen Ostens", Sevim Dagdelen, MdB. MASCH, Goetheplatz 4, Bremen, 20.00 Uhr.

Di ★ 14. Mai: "MEMORANDUM 2013 - Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik", Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Mechthild Schrooten. MASCH, Goetheplatz 4, Bremen, 19.00 Uhr.

Mo ★ 3. Juni: Kampagne "Zum Bsp. Schlecker - Keine/r geht allein zum Amt!" Info: also-zentrum.de

Do ★ 6. Juni: Mitgliederversammlung der DKP Oldenburg (Gäste willkommen). Bei Beppo, Auguststraße 57, 20.00 Uhr.

Die DKP Oldenburg trifft sich jeden ersten Donnerstag im Monat um 20.00 Uhr bei "Beppo".

Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP

Die Kommunistische unter den Linken.

www.kommunisten.de

Jetzt
4 Wochen
kostenlos
probelesen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de